

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

Bitte überweisen Sie Ihren persönlichen Beitrag
an unsere folgende Bankverbindung:

IBAN: DE65 1809 2744 0100 0991 55

BIC: GENODEF1SPM

Bank: Volksbank Spree-Neisse eG

Zweck: Spende Bundestagswahlkampf 2025,
Name + Anschrift

Mehr Informationen zu Spendenmöglichkeiten
finden Sie unter **spenden.afd.de**



MACHEN SIE MIT:

Werden Sie Mitglied oder Förderer.
Gemeinsam können wir unser Land verändern!
mitmachen.afd.de



FOLGEN SIE UNS IM INTERNET UND AUF SOCIAL MEDIA:

🌐 www.afd.de

📘 fb.me/alternativ fuerde

📺 youtube.com/@AfDTV

✂️ x.com/@AfD

📷 instagram.com/afd.bund

Herausgeber:

Alternative für Deutschland

Bundesverband

Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin

Telefon: 030 22023000

Telefax: 030 22023009

Stand: Mai 2025.

7 PUNKTE ZUR REMIGRATION

WIE DIE AFD DEN BEGRIFF DEFINIERT.

AFD.DE/REMIGRATION

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.



WIE DIE AfD DEN BEGRIFF „REMIGRATION“ DEFINIERT:

REMIGRATION UMFAST ALLE MASSNAHMEN UND ANREIZE ZU EINER RECHTSSTAATLICHEN UND GESETZESKONFORMEN RÜCKFÜHRUNG AUSREISEPFLICHTIGER AUSLÄNDER IN IHRE HEIMAT.

Die Politik der AfD wird maßgeblich in der demokratisch auf Parteitage beschlossenen Programmatik bestimmt. Aus unseren beiden aktuellen Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2021 und die Europawahl 2024 lassen sich daher als Zusammenfassung einer Remigrationspolitik folgende sieben Forderungen ableiten:

1 Gemäß Bundestagswahlprogramm 2021 werden wir entsprechend den gesetzlichen Regelungen die ca. 250.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abschieben. Während die Bundesregierung von einer „Rückführungsoffensive“ nur redet, werden wir eine solche Offensive im Rahmen einer Remigrationsagenda“ tatsächlich umsetzen. Geltendes Recht zu vollziehen ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit für die AfD.

2 Weiterhin fordern wir in unserem Europawahlprogramm 2024 im Kapitel „Remigration statt Talentabwerbung“, dass ein humanitärer Aufenthalt nur so lange gewährt wird, wie tatsächlich ein Fluchtgrund besteht – da es sich grundsätzlich um ein Recht auf Zeit handelt, das keine Anwartschaft auf dauerhafte Einwanderung

begründet. Betroffen hiervon wären insbesondere auch nicht persönlich verfolgte Bürgerkriegsflüchtlinge mit „subsidiären“ Schutz, sobald in deren Heimat wieder Frieden herrscht.

3 In diesem Sinne wollen wir die seit 2015 rechtswidrig unter Verstoß gegen die Zuständigkeitsregeln der Dublin-Verordnung sowie gegen Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz (kein Asyl bei Einreise aus sicherem Drittstaat) und § 18 Asylgesetz (Pflicht zur Zurückweisung an der Grenze) erfolgte Massenzuwanderung umkehren. Insbesondere unter aus Syrien und Afghanistan stammenden Personen, in deren Herkunftsländern die Kampfhandlungen weitestgehend beendet sind, sehen wir daher ein großes „Remigrations“-Potential, das sogar von den Regierungen der jeweiligen Herkunftsländer ausdrücklich eingefordert wird.

4 Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter wollen wir vorrangig zurückführen, entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten. In dieser Hinsicht dient rechtsstaatliche Remigration dem Schutz aller rechtstreu in Deutschland lebenden Menschen. Die Ausweisung bei Gewalt-, Drogen-, und Sexualdelikten, bei Clan-Kriminalen sowie bei organisierter Kriminalität wollen wir erleichtern.

5 Auch der Import ausländischer Konflikte gefährdet zunehmend den inneren Frieden. Wer die Konflikte seiner Heimat unter Begehung von Straftaten nach Deutschland trägt, sollte sein Aufenthaltsrecht verlieren.

6 Schließlich übersteigt die derzeitige Einwanderung in unser Sozialsystem unsere finanziellen Möglichkeiten

bei weitem. Das Recht, sich langfristig in Deutschland aufzuhalten, wollen wir daher verstärkt davon abhängig machen, ob jemand seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst verdient – sofern nicht tatsächliche Schutzgründe seinen Aufenthalt begründen.

7 Eine vorausschauende Politik, wie wir sie machen, lässt Remigration erst gar nicht nötig werden, indem sie mittels heimatnaher Zuflucht, wirksamen Grenzschutzes und dem Abbau der derzeit bestehenden Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberecht für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung) illegale Zuwanderung von vornherein unterbindet.

! Diese sieben Forderungen entsprechen der heutigen Rechtslage oder lassen sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen.

WER SICH INTEGRIERT IST HERZLICH WILLKOMMEN!



Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks.



Die vielen gut integrierten Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland, welche die Chancen ergriffen haben, die unser Land bietet, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind uns ausdrücklich willkommen – die Politik der AfD vertritt auch ihre Interessen!



Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund stoßen auf unsere entschiedene Ablehnung.